

Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 2.30, im sonstigen Orts- und Bezirksbezirk M. 3.40 u. 30 Pf. Postbefreiung.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Beilage oben oben Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamazeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Art. Schlus der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. G. d. Nr. 166 In Wildbad: Wilhelmstraße 99 Dienstag, den 29. Juli 1919 Fernsprecher 33. In Calmbach: Hauptstraße 109 Jahrgang 53

Tageschau.

In Frankfurt wurden 10 Polen festgenommen, die seit langer Zeit in den Dörfern zwischen Berlin, Hannover und Hamburg und Frankfurt, sowie in den Straßenbahnen dieser Städte, große Verwüstungen der Fahrgäste ausgeführt hatten.

Die französische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Wahlen in Elsaß-Lothringen gleichzeitig und zu gleichen Bedingungen wie im übrigen Frankreich stattfinden werden.

Zwischen Mexiko und der amerikanischen Zunkstation Velmar wird ein Zunkendienst eröffnet. Das Wort kostet bis zur ersten amerikanischen Zone (New-York) 3.50 Mark, bis zur 8. Zone 7.30 Mark.

Die New-York-Kerr-Linie hat eine regelmäßige Dampfer-Verbindung zwischen Hamburg und nordamerikanischen Häfen eingerichtet.

Ein Dekret verkündet die Wiederaufnahme der Handels-Verhältnisse zwischen Italien und Deutschland.

Der Tarifvertrag zwischen den Kali-Unternehmern und den Kali-Arbeitern ist unter Mitwirkung des Reichsfinanzministeriums abgeschlossen und unterschrieben worden.

Gestern vormittag demolierte das Publikum in Versailles sein größeres Kolonialwarengeschäft wegen zu teurer Preise. Die Polizei mußte einschreiten und schließlich das Geschäft schließen.

Das Friedensangebot.

Die Antwort Michaelis.

Berlin, 26. Juli. Der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis gibt zu den Angriffen des Ministers Erzberger in der Nationalversammlung vom 25. Juli 1919 der „Täglichen Rundschau“ zufolge folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Aufzeichnungen habe ich zur Behandlung des sogenannten englischen Friedensführers folgendes zu sagen: Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich mich nicht irre, — am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten. Ich bat den Kaiser um Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 11. September im Schloß Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde vom Kaiser in eigenhändig unterschriebenem Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt:

Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die Handelskäfte sei zwar wichtig und zerbrüche diese nicht in englische Hand fallen, aber die belgische Käfte allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse.

Ueber die weitere Behandlung des „Friedensführers“ wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu untersuchen sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertritten zu lassen, wie sie unabweisbar zu unserer Kenntnis gelangen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthält nach dieser Richtung hin keine irgendwie maßgebenden Worte. Die Gefahr lag vor, daß England beabsichtigt, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen übertriebenen Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu uneren Ungunsten verschoben würden. — Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders geeignet erschien, die erforderliche Soudierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Aufgabe unter Mitteilung der Stellung Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise umschrieben:

Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Annehmen, a) daß unsere Grenzen unberührt bleiben, b) daß unsere Kolonien zurückkehrt werden, c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen; d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen wird.

Ich habe in Übereinstimmung mit v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit Verfolgung dieser ersten Friedensfäden möglich ist. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie böten diese Sicherheiten nicht, denn schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius stellte es sich heraus, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das

Schreiben kam. Ein Vertrauensbruch durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden.

Daß jeder Vertrauensbruch die größten Gefahren für die Abwicklung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit und die Folge davon war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter weisem Nachgeben in Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es vorausgesetzt, daß eine einseitige Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeignetsten Weg zur Verfolgung der ersten Anregungen zu wählen. Wenn dieser Plan fehlschlug, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.

gez.: Michaelis.

Erklärung Ludendorffs.

Berlin, 26. Juli. Die „B. Z. am Mittag“ veröffentlicht von maßgebender Stelle der Obersten Heeresleitung im Namen des Generals Ludendorff eine Erklärung zu dem Schreiben des Vatikans und der Antwort des damaligen Reichskanzlers Dr. Michaelis. Die Erklärung lautet u. a.:

„Das Schreiben des Nuntius Pacelli und das Antwortschreiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis, die heute veröffentlicht wurden, sind dem General Ludendorff erst gestern früh bekannt geworden. Er hat von diesem Schreiben früher nie etwas gehört. Audeutungswerte und geheimnisvoll wurde Ende August oder Anfang September 1917 der Obersten Heeresleitung mitgeteilt, daß England eine Fühlungnahme anstrebe. Sölig unabhängig hiervon war dem General Anfang August von Oberst v. Paster auf Grund von ihm zugegangenen Mitteilungen aus pazifistischen Kreisen des neutralen Auslands gemeldet worden, daß England jetzt eine offene Erklärung Deutschlands über Belgien erwünscht sei. Der General glaubte, es handle sich in beiden Fällen um die gleiche Angelegenheit und erklärte in beiden Fällen sein volles Einverständnis zu einer Erklärung über Belgien. Es fanden eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Kronrat vom 11. September. Im Verlauf der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel über Belgien erzielt. Einige Tage darauf regte der Reichskanzler in einer Besprechung mit seinem Stellvertreter Dr. Helfferich und dem Staatssekretär v. Kühlmann, der auch Oberst v. Paster, Direktor Deutelmoser und ein Vertreter des Kriegspresseamts beizwohnten, an, die öffentliche Meinung in der Heimat und an der Front auf eine starke Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens mit Belgien erstrebten Ziele vorzubereiten. Kühlmann sprach sich aus unbestimmten Gründen dagegen aus. General Ludendorff bat in diesen Tagen Dr. Michaelis, von einer von ihm beabsichtigten Kriegssammlungsrede Abstand zu nehmen, damit nicht etwa mögliche Verhandlungen erschwert würden. Am 20. September hat Oberst v. Paster, der ebenfalls von dem Schritt des Nuntius Pacelli keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär v. Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Veranlassung des Abg. Conrad Haubmann bat, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte ab. Oberst v. Paster erstattete hierauf der Obersten Heeresleitung Bericht. Ludendorff hat später den Reichskanzler oder den Staatssekretär v. Kühlmann gefragt, was aus der angeblichen englischen Fühlungnahme geworden wäre, er erhielt eine ausweichende Antwort.“

Der „Immediatbericht“ Czernins.

In dem Briefwechsel zwischen Dr. Helfferich und dem Reichsfinanzminister Erzberger spielte ein „Immediatbericht“, d. h. ein unmittelbar an den früheren Kaiser Karl gerichteter vertraulicher Bericht vom 12. 4. 17 über die Lage des kaiserlichen österreichischen Ministers des Auswärtigen Czernin in eine bedeutende Rolle. Dr. Helfferich behauptete in der „Kreuzzeitung“ — die Behauptung wurde von dem seitherigen deutschen Vorkämpfer in Wien, Graf Wedel in einer Zuschrift an die „Hamburger Nachrichten“ im Wesentlichen bestätigt —, daß Abg. Erzberger bei einer Reise nach Wien, die er ohne amtlichen Auftrag unternommen habe (Minister Erzberger versichert dagegen, er habe von Bethmann-Hollweg den Auftrag erhalten), von dem Immediatbericht

nichtamtlich Kenntnis erhalten und dann von den düsteren Schilderungen der Lage Oesterreichs durch Czernin öffentlich Gebrauch gemacht, so daß sie zur Kenntnis der Feinde gekommen seien. Durch diesen Vertrauensbruch seien die verbündeten Feinde, die damals infolge ihrer ungünstigen militärischen Lage Friedensverhandlungen nicht abgelehnt hätten, zu neuem Widerstand ermutigt worden. Der „Wiener Mittag“ meldet nun, Kaiser Karl selber habe dem Abg. Erzberger den Bericht gegeben mit der Befehlweisung, keine Mitteilung darüber zu machen, von wem er ihn erhalten habe.

In dem Immediatbericht des Grafen Czernin heißt es u. a.:

Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht, eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß.

Ich kann hier nicht beiseite lassen, worauf der Nachdruck meiner ganzen Ausführung liegt. Es ist dies die revolutionäre Gefahr, welche an dem Horizont ganz Europas aufsteigt und welche, von England gestützt, dessen neueste Kampart darstellt. Der Staatsmann, der nicht blind oder taub ist, muß wahrnehmen, wie die dumpfe Verzweiflung der Bevölkerung täglich zunimmt. Er muß das dumpfe Grollen hören, das in den breiten Massen vernehmbar ist, und er muß, wenn er sich seiner Verantwortung bewußt ist, mit diesem Faktor rechnen.

Ev. Majestät wissen, daß der Druck, der auf der Bevölkerung lastet, einen Grad angenommen hat, der einfach unerträglich wird. Ev. Majestät wissen, daß der Bogen dermaßen gespannt ist, daß ein Zerreißen täglich erwartet werden kann. Treten aber erst einmal ernstere Unruhen bei uns oder in Deutschland an, dann ist es unmöglich, das vor dem Anstand zu verhüten, und in diesem Augenblick sind auch alle weiteren Bemühungen, den Frieden zu erreichen, erfolglos geworden. Ich glaube nicht, daß die innere Lage in Deutschland wesentlich anders steht als hier (in Oesterreich-Ungarn). Nur möchte ich, daß man sich in Berlin in den militärischen Kreisen gewissen Täuschungen hingibt. Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir, am Ende seiner Kraft angekommen ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Stellen Berlins auch gar nicht leugnen. Ich bin felsenfest davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland ansetzen sollte eine weitere Winterkampagne zu führen, sich in Deutschland ebenfalls Umwälzungen ergeben werden. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht instar sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, werden es die Völker über ihre Köpfe hinweg machen und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles das weg schwemmen, wofür unsere Väter und Söhne heute noch kämpfen und sterben.

Die amerikanische Kriegserklärung hat in Velloß die Lage wesentlich verschärft, und der moralische Halt, daß der Verband neue Kräfte zur Hilfe erhofft, verdrängt die Lage zu unseren Ungunsten, weil unsere Feinde bedeutend mehr Zeit haben, als wir, und länger warten können, als wir dies leider imstande sind. Man sieht in Deutschland große Hoffnungen auf den Unterseebootskrieg. Ich halte diese Hoffnungen für trügerisch. Admiral Bösendorff hat bei seiner letzten Anwesenheit in Wien positiv vorausgesagt, der verschärfte Unterseebootskrieg werde binnen sechs Monaten England mitsetzen. Ev. Majestät werden sich erinnern, wie wir alle diese Voraussagen bekämpft und erklärt haben, daß wir zwar nicht daran zweifeln, daß der Unterseebootskrieg England schaden werde, daß aber der erwartete Erfolg durch den voraussichtlichen Eintritt Amerikas in den Krieg ausgeglichen werden dürfte. Heute dürften auch in Deutschland die begünstigten Anhänger des Unterseebootskrieges zu erkennen beginnen, daß dieses Mittel den Sieg nicht entscheiden wird, und ich hoffe, daß der leider unrichtige Gedanke, England werde binnen weniger Monate zum Frieden gezwungen sein, auch in Berlin an Boden verlieren wird.

Ev. Majestät haben die wiederholten Versuche unserer Feinde, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, unter meiner verantwortlichen Leitung abgelehnt, weil Ev. Majestät keiner unethischen Handlung fähig sind. Aber Ev. Majestät hat mich gleichzeitig beauftragt, den verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kraft sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns rechnen können. Ich habe diese Befehle ausgeführt und die deutschen Staatsmänner haben mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Graf Czernin über die Veröffentlichung des Inmediatberichts.

Wien, 27. Juli. Der Korrespondenz Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm zugegangen: Grundsee (Steiermark), 27. Juli. Soweit ich aus den Auszügen der Presse beurteilen kann, ist die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele, ungemein wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt, und dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anlangt, so war dieser Bericht ausschließlich für die beide Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern zu gelangen. Von einer nicht verantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher denselben nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich feststellen, daß Erzberger im guten Glauben vorging und der begründeten Ueberzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichts kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich meine Darstellung wie vieles andere gar nicht erwähnte durch Dokumente beweisen, welche in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Uebergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Gänge ich erst ein Jahr später entdeckte und welche mein Entlassungsgesuch veranlaßten. Mein demnachst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und geführt auf Dokumente die Wahrheit beweisen.

Herr von Kühlmanns Antwort.

Berlin, 28. Juli. Auf eine Anfrage der „B. Z.“ an Herrn v. Kühlmann, ob er zu den Äußerungen des Generals von Ludendorff Stellung nehme, antwortete er, das verantwortliche Reichskabinet habe zu entscheiden, was über wichtige diplomatische Vorgänge veröffentlicht werden könne. Er bezweifle den Nutzen für unsere Gesamtpolitik. Die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang werden nur an Hand des gesamten Aktenmaterials durch ein Verfahren etwa vor dem Staatsgerichtshof geprüft werden können.

Berlin, 28. Juli. Staatsminister Helfferich schreibt in der Kreuzzeitung: „Mit den bisherigen Veröffentlichungen zusammen gestattet die Veröffentlichung des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff ein in den großen Zügen vollständiges und unangenehmables Urteil über den Erzbergerischen Vorkauf, obgleich der Wortlaut der Depesche der britischen Regierung an ihren Vertreter beim Vatikan, die das angebliche englische Friedensangebot enthalten haben soll, immer noch nicht veröffentlicht ist und obgleich eine Äußerung des für die diplomatische Behandlung der Angelegenheit sachlich in erster Linie verantwortlichen Herrn v. Kühlmann fehlt.“

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 26. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr. Die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung wird fortgesetzt.

Der Präsident teilt folgenden Antrag Lohde (S.) mit: 1. Die erste Beratung des Entwurfes über den Staatsgerichtshof mit der gegenwärtigen politischen Debatte zu verbinden. 2. Auf Kosten des Reichs im deutschen Volk zu verbreiten. 3. Alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses der Regierung bekannt gewordenen Dokumente über die Enthüllungen bezüglich der Fortführung des Krieges zu veröffentlichen.

Abg. Schulz-Bromberg (D.nat.Vp.) und Dr. Heinze (D.) widersprechen dem Antrag. Somit ist die geschäftsmäßige Beratung des Staatsgerichtshofs nicht möglich. Abg. Dr. Hugo (D.V.): Die gestrige Rede Erzbergers und der eben gelesene Antrag sollen das deutsche Volk in seinen tiefen Tiefen auslösen. Nach der gestern angewandten Methode

lebt man unter einem Ueberfall mit irgendwelchen Enthüllungen. Und so wird ein Schaden am Volke anrichtet, der eine Wüste voraus macht. Sehen wir einen aktiven Ausschuss ein, der die Fragen in objektiver Weise schöpft und der aus politisch und historisch gebildeten Juristen besteht, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen und jede Erhebung anzuordnen. Kein parlamentarischer Untersuchungsausschuss noch ein Staatsgerichtshof können das leisten, ganz einseitig wird Erzberger den deutsch-nationalen die Illusion vor, daß der Laubhüterkrieg in kürzester Frist den Frieden bringen könnte. Er selbst hat nicht anders gedacht. Wie kann er ferner Bethmann-Hollweg, Michaelis und Hertling den deutsch-nationalen in die Schube schieben? Der Schaden, den die Friedensresolution anrichtet, war der, daß sie unserm Volke den Glauben raubte, es müsse, um den Krieg zu gewinnen, ausheilen. Clemenceau und die französischen Staatsmänner haben anders gehandelt. Der Reichstag, wenn er es verstanden hätte, hätte eine Nacht darüber gehabt, die kein Kaiser in Deutschland ihm hätte entreißen können. An der Ausübung dieser Nacht haben Sie (die Sozialdemokraten) in erster Linie den Reichstag gehindert. Auch das Zentrum hat durch seine Mehrheitspolitik, durch die es zur Mehrheitsbildung bald nach rechts bald nach links veranlaßt wurde, eine tatsächliche Mehrheitsbildung verhindert. Gerade die Politik der Völkerveröhnung hat zu der katastrophalen Enttäuschung geführt, die wir jetzt erleiden. Der Sozialismus verhandelt den Zusammenbruch unseres Heeres. Wir wollen an der sozialen Gesetzgebungsarbeit und an der Ueberwindung des Klassenkampfes teilnehmen.

Abg. Dr. Haase (U.S.V.): Wir haben gezeugt, daß wir Gegner Erzbergers sind. Aber die Attentate, die jetzt zum Beispiel Helfferich in der Kreuzzeitung gegen ihn richtet, machen stuhlig: man will sich rächen an dem Manne, der durch Unterzeichnung des Friedensvertrags das Treiben der Babenauer-Spitze vermittelte. Herr Haase spielt sich offen als den starken Mann auf; aber im Grunde ist er an beiden Händen gefesselt. Eine soziale Reform ist nicht mit einem Schlag durchzuführen, aber sie bedarf der höchsten Initiative. Wir Frauen gegen die Regierung haben die Arbeiter deshalb, weil die nach dem Friedensschluss erwartete Armut sie ausbleiben ist.

Reichswehrminister Haase: Die antimilitärische Hehe schädigt als sehr gefährlich ein, weil es bei der Erregbarkeit vieler Menschen und der Neigung zu Gewalttätigkeiten leicht zu Ausschreitungen kommen kann. Alle Truppenführer sind angewiesen, der antimilitärischen Propaganda und Programmatik entgegen zu wirken. Wenn die deutschen Arbeiter die Früchte der Revolution noch nicht ernten so ist das der Bruderkrieg in der Arbeiterklasse zu danken, der von Haase und seinen Freunden geführt wird. Wenn die Welt nicht Deutschland zu Grunde will, dann stelle ich das Schicksal des Landes und Volkes höher als allen Sektoral, den Sie hier auführen.

Die Weiterberatung wird auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Vizepräsident Dietrich eröffnet die schwach besuchte Sitzung um 4.05 nachmittags.

Abg. Eiseuberger (Bayer. Bauernbund): Es ist gut, daß endlich Leute aus dem praktischen Leben an die Regierung gekommen sind. Es schadet nichts, daß der Kaiser zur Neuschöpfung gezwungen wird. Man hat ihn zwar Friedenshelfer genannt; aber man darf nicht vergessen, daß er allerlei unfriedliche Schritte getan hat. (Vogelst. Zustimmung links.) Nicht unsere Mission ist schuld an dem Zusammenbruch unseres Heeres, sondern die Verzerrung, die durch die Ingerechtigkeit zwischen dem gemeinen Mann und den Offizieren in das Heer getragen worden ist. In dem Schlußkompromiß finden wir nichts Anstößiges, da auch das Zentrum nichts daran hat. Die Rechte verzichte auf ihre Machtpolitik, die Linke auf ihre Gewaltpolitik; dann muß dies eine Zusammenarbeit auf dem Boden des gefundenen Verständnisses ermöglichen.

Abg. Langwisch (Deutschmann): Was hat es eigentlich für einen Zweck, wenn wir uns hier über die Schuld am Kriege herumschreien? Die Regierung soll vor allem bestrebt sein, Zufriedenheit zu schaffen. Wir kämpfen für ein selbständiges Dänemark.

Abg. Wels (S.): Die Enthüllungen des Reichsfinanzministers Erzberger haben im ganzen Reich einen gewaltigen Eindruck gemacht. Unsere Volkstümlichkeit ist es gewesen, die zur Bildung des Mehrheitsblocks im Reichstag und schließlich zur Friedensresolution geführt und das englisch-französische Friedensabkommen durch den päpstlichen Stuhl zur Folge gehabt hat. Eine unfähige Regierung hat die Brücke in Stücke geschlagen. Nicht unsere Politik war falsch, sondern die Männer, die öffentlich Ja und im Geheimen Nein sagten. Auf mildere Friedensbedingungen konnten wir nicht mehr rechnen, nachdem die Unabhängigen erklärt hatten: Wir müssen unterzeichnen. Wir brauchen keine Gesandten mehr an den Höfen. Unsere Politik muß die Politik des Völkerbundes sein. Aber der in Paris zusammengebrachte Völkerbund ist ein Völkerbund gegen die Völker. Der Völkerbund ist die wahre und blutige Weltrevolution. Heute haben wir die Welt Herrschaft der angelsächsischen Klasse. Der Kampf gegen den Kapitalismus muß künftig in England und in Amerika durchgeführt werden durch die internationale Organisation der Handarbeiter, sobald die Entmischung dazu reif ist.

Nächste Sitzung Montag 28. Juli 2 Uhr.

Neues vom Tage.

Neue Verhandlungen über das Schulkompromiß.

Weimar, 27. Juli. Unter Beteiligung der demokratischen Parteien werden über das Schulkompromiß neue Verhandlungen geführt werden, zu denen die Kultusminister der Einzelstaaten erwartet werden.

Weimar, 26. Juli. Die Abgeordneten Dr. Oberjohren und Gessen haben eine Anfrage eingebracht, ob die Reichsregierung von der franz. Heeresleitung Aufklärung über den in Kaiserslautern von einem französischen Soldaten an einem deutschen Kaufmann begangenen Mord angefordert habe und wie sie sich der Geschädigten anzunehmen gedenke.

Aus der Streikbewegung.

Berlin, 28. Juli. Der Streik in den Siemenswerken dauert noch an.

Die Telegraphenarbeiter versuchten gestern eine Einigung mit der Oberpostdirektion. Sie verpflichteten sich, an keinem politischen und Kundgebungsstreik mehr teilzunehmen. Bei wirtschaftlichen Forderungen sollten daher alle Instanzen angeufen und die Kündigungsfrist eingehalten werden. Dagegen wird um die Wiedereinstellung der 287 Entlassenen und um Bezahlung aller Streiktage vom Dienstag den 22. ab gebeten. Die Oberpostdirektion wird nach Verständigung mit dem Reichspostminister den Arbeitern Bescheid geben.

Berlin, 28. Juli. Zur internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern entsendet die Sozialdemokratische Partei als Vertreter Otto Wels und Hermann Molkenhauer. Von den Unabhängigen werden Hugo Haase, Trippien, Kautsky und Oskar Co. Luzern reisen.

Die Mörder Neuring's.

Dresden, 27. Juli. In dem Prozeß wegen Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring werden die Angeklagten Paritsch zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Gottlöber, Bedar und Piehsch zu je 2 Jahren, 6 Monaten Gefängnis, Müller zu 2 Jahren Gefängnis, Schreiber zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Fünf Angeklagte wurden frei gesprochen.

Das Besatzungsheer.

Verailles, 28. Juli. Wie verlautet soll der Oberste Rat beschlossen haben, in den besetzten rheinischen Gebieten ein Heer von 150 000 Mann zu unterhalten. Dazu sollen die Amerikaner und die Engländer je 30 000 Mann, die Belgier 15 000 Mann und die Franzosen 75 000 Mann stellen. Das Abkommen soll bis zum Monat Oktober oder November Gültigkeit haben.

Stimmungsmaße der Polen.

Danzig, 28. Juli. Das polnische Blatt in Danzig veröffentlicht einen Artikel eines angeblichen „Deutschen Katholiken“, der vorschlägt, ganz Ostpreußen solle sich wie Westpreußen unter Polen stellen, dann seien alle Schwierigkeiten gelöst und die beiden Provinzen werden einer „geradezu glänzenden Zukunft“ entgegengehen. — Unter polnischer Herrschaft!

Staatssekretär Bauer tritt zurück.

Wien, 26. Juli. Der Staatssekretär des Äußeren, Bauer, ist zurückgetreten. — Bauer hatte gehofft, die Freundschaft Italiens zu gewinnen, (!) um mit Italiens Hilfe die Vereinigung Österreichs mit Deutschland durchzuführen, und Schuß gegen die Ansprüche der Jugoslawen auf deutsch-österreichisches Gebiet zu erlangen. Er sei aber arg enttäuscht worden durch die rücksichtslose Machtpolitik Italiens. Die Politik in neue Bahnen zu lenken, glaube er nicht der rechte Mann zu sein. (Frankreich soll den Rücktritt Bauers verlangt haben.)

Die Friedenskonferenz.

Verailles, 27. Juli. „Newport Herald“ zufolge haben die Verbündeten das Anerbieten Hindenburgs und Bethmanns, für den Kaiser einzutreten, abgelehnt. Dem Generalstabschef sei eröffnet worden, es stehe ihm frei, vor dem Gericht Zeugnis abzulegen, aber freies Geleit werde ihm nicht gewährleistet.

London, 28. Juli. „Daily Mail“ meldet aus Paris, der Oberste Rat sei der Ansicht, daß Deutschland die angekündigte Abkündigung der deutschen Noten und Wertpapiere nicht ohne Zustimmung der Verbündeten vornehmen dürfe. Die Erträge der Vermögensgegenstände müßten in erster Linie zur Deckung des Schabensersatzes dienen.

St. Germain, 28. Juli. Staatskanzler Renner hat um eine Verlängerung der für die Eröffnung des Friedensvertrags festgesetzten Frist gebeten.

Berlin, 28. Juli. Die „A. Allg. Ztg.“ erfährt aus Brüssel, der Oberste Rat werde die den Deutsch-Oesterreichern eingeräumte Frist verlängern und ihnen wichtige Angelegenheiten machen.

London, 27. Juli. Großbritannien wird einen Geanderten für die tschecho-slowakische Republik ernennen. Der Oberste Rat hat den tschechischen Truppen den Befehl zur Räumung Klagensfurt erteilt.

Verailles, 28. Juli. Der Oberste Rat hat einen Aufruf an das ungarische Volk gerichtet: Die verbündeten Regierungen wünschen mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen. Das sei aber nicht möglich, solange die Regierung Kuhus bestche, die den Waffenstillstandsvertrag gebrochen habe und mit Völkern, die den Alliierten befreundet sind, Krieg führe und die sich nur zu Gewalttätigkeit fähig.

Verailles, 27. Juli. Die Rückbeförderung der französischen Truppen, die seit Oktober 1917 in Italien stehen, hat gestern begonnen. — Die bulgarische Friedensbeziehung ist hier eingetroffen. Der „Temps“ verlangt ein scharfes Vorgehen gegen die Bulgaren, die einen Teil der Schuld am Kriege tragen.

Die Disziplinarkommission bei der Friedenskonferenz schlug die Neutralisierung der Kanalsinseln unter Garantie des Völkerbundes vor. Die schwedischen Mänter sprechen ihre starke Unzufriedenheit und Enttäuschung über diesen Vorschlag aus.

Eine Abgabe.

Paris, 28. Juli. „Petit Journal“ meldet, der französische Arbeiterbund habe Clemenceau mitgeteilt, daß er auf weitere Kundgebungen gegen den Friedensvertrag verzichte.

Paris, 28. Juli. Die Sozialisten der französischen Kammer verständigten nach der „Times“ Clemenceau, daß sie nicht gegen den Friedensvertrag stimmen, sondern sich in der Mehrzahl der Abstimmung enthalten werden. Clemenceau dankte ihnen für den patriotischen Entschluß.

Der Krieg im Osten.

Budapest, 27. Juli. Das Armeekommando meldet, es habe, um den Zusammenstoß mit der mehrfachen rumänischen Uebermacht zu vermeiden, die ungarischen Truppen hinter die Theiß zurückgezogen.

London, 28. Juli. Die „Times“ schreibt, die Lage der englischen Truppen in Nordrussland sei infolge der Niederlage Koltshaks und des Uebergangs der Herrschaft auf englischer Seite stehenden Russen in Arhangelsk zu den Bolschewisten sehr ernst geworden. Auch die Lage in Asien werde schwierig, da offenbar zwischen den Afghanen, den Jungtürken und den Bolschewisten Unstimmigkeiten bestehen.

London, 26. Juli. (Neuter.) Das Kriegsamte teilt mit: Die Royalen Denikins unternahmen einen Ueberfall auf Astrachan und die Uralbahn. Sie eroberten die Samojtowa. Die Bolschewisten besetzten Komitshel. Denikins meldet, daß er im Besitze von Swinskha ist. Westlich von Charkow dauern die Kämpfe fort.

Der neue Präsident von Finnland.

Stockholm, 28. Juli. „Dagens Nyheter“ meldet aus Helsingfors, Professor Stahlberg sei vom finnischen Landtag mit 143 Stimmen gegen 50 Stimmen, die auf Mannerheim fielen, zum Präsidenten von Finnland gewählt worden.

Englische Flottenrüstungen.

London, 28. Juli. Nach der „Daily Mail“ verlangt die britische Regierung vom Unterhaus die Mittel für 4 neue Linienschiffe und 3 Panzerkreuzer. Koltuta und Bombay sollen als große Flottenstationen für das ostasiatische Geschwader ausgebaut werden.

Durch den Panamakanal.

Colon (Panama), 26. Juli. (Neuter.) Vier große Schlachtschiffe der japanischen Flotte haben am Freitag die Schengen von Gatun passiert. Das ist der erste Versuch, mit einer Flotte von großen Schlachtschiffen durch den Kanal zu fahren.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 28. Juli. (Neuer Arbeitsminister?) Wie der „Grenzler“ (Freudenstadt) mitteilen kann, wird der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbands, Theodor Leipart, zum würt. Arbeitsminister bestellt werden.

(-) Stuttgart, 28. Juli. (Städtische Anleihe.) Die Stadtgemeinde beabsichtigt eine Stuttgarter Anleihe in Höhe von 10 Millionen M. aufzunehmen.

(-) Stuttgart, 28. Juli. (Stadion.) Der Stadtverband der Vereine für Leibesübungen tritt für die Errichtung eines großen Stuttgarter Stadions als Mittelplatz für sämtliche Arten der Leibesübungen ein. Das Stadion, für das bereits eingehende Pläne vorliegen, würde oberhalb Untertürkheim zwischen der neuen Bahnanlage an dem neuen Redarbett erstellt werden.

(-) Stuttgart, 27. Juli. (Begnadigter Mörder.) Staatspräsident Blos hat den Maurer Gottlob Ruck, der vom Schwurgericht in Stuttgart wegen Ermordung des Hilfsvolksgenossen Georg Bauer in Waldenbuch zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt.

(-) Kornwestheim, 28. Juli. (Der Koblen.)

mange l.) Die Eisengießerei von N. Stolz hat am Samstag wegen Kohlenmangels ihren Betrieb einstellen müssen.

(-) **Crailsheim**, 28. Juli. (Preis für die Milchschweine.) Auf dem Schweinemarkt der letzten Woche sind die Preise für Milchschweine abermals um 70 bis 120 Mk. für das Paar zurückgegangen. Der Paarpreis stellt sich je nach Ware auf 160 bis 330 Mk.

(-) **Konstanz**, 28. Juli. Zwei schwere Verbrechen wurden in der Nähe von Stadt begangen. Der 46jährige, Malermeister Anton Fischer von Partenkirchen wurde ermordet aufgefunden. Ein Geldbetrag von annähernd 1000 Mk., den Fischer bei sich führte, war geraubt. — Bei Worblingen wurde an dem 32jährigen Handelsmann Valentin Laumann aus Konstanz ein Mord verübt. Laumann wurde vollständig ausgeraubt.

Konstanz, 28. Juli. Die Familie des Prinzen Max ist aus der Schweiz wieder in Salem eingetroffen.

Baden.

(-) **Mannheim**, 28. Juli. Der Streik der Gastwirtschaftsangehörigen, der am Samstag abend beschloffen worden war, hat nur 4 Stunden gedauert. Auf Eingreifen des Landeskommissars wurden weitere Verhandlungen vereinbart. Am Sonntag nachmittag wurde die Arbeit von den Kellnern und Kellnerinnen wieder aufgenommen. Sie stellen nicht nur Lohnforderungen, sondern wollen auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit. Demgegenüber erklären die Wirte, daß bei einer Arbeitszeit von 9 Stunden die Anstellung der doppelten Anzahl von Kellnern und Kellnerinnen nötig wäre, jedoch für auch die hohen Lohnforderungen verbodenen würden. Die Wirte seien dann gezwungen, neue Beschlüsse zu machen.

(-) **Freiburg**, 28. Juli. Die Allgemeinen Erbschaften hier schließen für das Jahr 1918 mit einem Fehlbetrag von Mk. 153 710. — ab.

(-) **Konstanz**, 28. Juli. Zwei schwere Verbrechen wurden in der Nähe von Stadt begangen. Der 46jährige Malermeister Anton Fischer von Partenkirchen wurde ermordet aufgefunden. Ein Geldbetrag von annähernd 1000 Mk., den Fischer bei sich führte, war geraubt. — Bei Worblingen wurde an dem 32jährigen Handelsmann Valentin Laumann aus Konstanz ein Mord verübt. Laumann wurde vollständig ausgeraubt.

Konstanz, 28. Juli. Die Familie des Prinzen Max ist aus der Schweiz wieder in Salem eingetroffen.

Mutmaßliches Wetter.

Bei fast unveränderter Luftdruckverteilung ist am Mittwoch und Donnerstag nur noch wenig bedecktes Wetter und zunehmende Aufheiterung, auch Erwärmung zu erwarten.

Die städtigen Millionäre. Um der großen Vermögensabgabe und anderen schweren Steuerlasten zu entgehen, sind einige Millionäre aus Deutschland mit Hab und Gut auf die nun wieder an Dänemark gefallene schleswigsche Insel Møn geflohen. Der Pariser „Matin“ berichtet, die Verbündeten seien entschlossen, die Flüchtlinge wieder nach Deutschland zurückzubringen, da durch ihre Fucht die Entschädigungszahlungen beeinträchtigt werden. — Recht so!

Fetter Reingewinn. Der Abgeordnete Schneider (Sachsen) stellt folgenden Antrag: In der Zeitung der „Holzmarkt“ Nr. 122 vom 5. Juli und in Flugblättern wird behauptet, daß die Kriegselektro-Ges. auf jeden Geschäftsjahres von 5000 Mk. einen Reingewinn von 12 000 000 Mk. für das Jahr 1918 ausbezahlt habe. Das entspricht einer Dividende von 2000 Prozent. Entsprechen diese Angaben der Wahrheit? Ist die Reichsregierung bereit, die Kriegselektro-Ges. zu veranlassen, unverzüglich öffentliche Rechnung abzugeben.

Schlagende Wetter. Auf der Seche Neumühl bei Oberhausen (Kölnpr.) wurden durch Wetterexplosionen acht Bergleute erschlagen; drei sind tot geborgen worden.

Ertrunken. In Neuenport (Westlandern) führte ein mit 45 Arbeitern besetzter Kalkstrahlwagen in einen Kanal. Bis jetzt wurden 12 Ertrunkene geborgen.

Riesenschneelampfer. Das Schiffsahrtsamt in Washington hat Pläne für zwei Dampfer ausgearbeitet, die bei einer Länge von 305 Meter und einer Ortschaftwindigkeit von 30 Knoten (etwa 55 Kilometer) in der Stunde imstande sein werden, in vier Tagen über das Atlantische Weltmeer zu fahren. (Die besten Deutschen Dampfer brauchen dazu bis jetzt 5 1/2 bis 6 Tage.)



Der Hungerprofessor. Im Siebenjährigen Kriege erschien eines Tags der Prinz Kaver von Sachsen mit seiner Truppe vor Wöttingen, wo gerade der Professor Kaeftner Rektor der Universität war. Der Prinz forderte nicht nur den Kommandanten zur Uebergabe auf, sondern schrieb auch zugleich an den Rektor der Universität. Er ersuchte Kaeftner, als es zu tun, um den Kommandanten zu bewegen, seiner Forderung sofort Folge zu leisten, denn nur dadurch könne die Universität vor Schaden bewahrt bleiben. Er würde nämlich im Weigerungsfall die Stadt einschließen und ihr alle Lebensmittel abschneiden, so daß in kurzer Zeit Hungersnot entstehen müsse. Kaeftner antwortete dem Prinzen, er danke ihm für sein Schreiben. Die Uebergabe der Stadt aber sei eine militärische Angelegenheit, in die er sich auf keine Weise mischen könne. Was jedoch die angeordnete Hungersnot anlangt, so sei er in dieser Hinsicht für seine Person ganz ohne Sorgen. Er sei nämlich fünf Jahre lang außerordentlicher Professor in Leipzig gewesen, und da habe er das Hungern gelernt.

Nach Deutschland zurück. Das Großherzogpaar von Mecklenburg, das seit Dezember 1918 in der Nähe von Kopenhagen sich aufhielt, wird nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ nach Deutschland zurückkehren.

Der amerikanische Postverkehr mit Deutschland hat am 22. Juli mit der Verschiffung von 400 Postkästen mit 350 000 Briefen auf dem ständischen Dampfer „United States“ begonnen. Die Post wird in Kopenhagen ausgeliefert und von dort weiter nach Deutschland geschickt. Bis zur Wiederaufnahme des direkten Dienstes nach Deutschland sollen die Briefe und die Paketpost wöchentlich einmal expediert werden.

Eine Seltsamkeit. Bei einem Landwirt in Ebersbach a. Fl. brachte eine 50 Wochen trüchtige Kuh drei vollständig ausgewachsene tote Kälber zur Welt.

Was der „Schäfer Thomas“ schon wußte. Daß die vielverehrte Volksmedizin bereits Heilmittel und Heilmethoden kannte, die die moderne Wissenschaft erst wieder entdeckt hat, darauf weist Hofrat Dr. J. Ing in „Natur und Kunst“ hin. Der „Schäfer Thomas“, dieser Typ des alten Bauernarztes, war schon hinter so manche Geheimnisse der Natur gekommen, die der leidenden Menschheit zum Segen gerichtet. So kannte die alte Volksmedizin vortreffliche Abführmittel, die sehr einfach waren, z. B. Seefarb oder Feinamen, und doch vorzüglich wirkten. Die Bauern in der Gegend von Joachimsthal banden sich bei rheumatischen Schmerzen gewisse Steine auf die schmerzhaften Stellen. Die neuesten Forschungen haben ergeben, daß diese Steine aus Uranerz bestehen. Die Uranerzablende enthält aber bekanntlich einen radioaktiven Stoff, so daß die alten Bauern bereits eine unbewußte Radiumkur anwandten. Auch die Heilkräft, die in der Volksmedizin gewissen Moosen und Kräutern zugeschrieben wird, enthält sehr wertvolle Beobachtungen, die die wissenschaftliche Forschung nur bestätigen konnte. Besonders bezeichnend ist das die Verwendung des Simbrantes, dessen Hauptbestandteil die Kieselsäure ist. Erst allerjüngste Untersuchungen haben ergeben, daß Kieselsäure zum Aufbau unseres Körpers, vor allem seines Bindegewebes, absolut nötig ist. Die Volksmedizin aber hat eine Abkochung aus Simbrant seit langer Zeit gegen Gicht, Wunden und Gallensteine, sowie überhaupt gegen mannigfache Krankheiten angewendet. In der wissenschaftlichen Medizin ist die Kieselsäure erst in neuerer Zeit zu hoher Bedeutung gekommen, so daß man nun sogar eine künstliche Verflüssigung der Tuberkulose und des Krebses durch lange fortgesetzte Zufuhr von Kieselsäure feststellen will. Wenn wir uns fragen: „Schließt Dr. J. Ing seine Ehrenrettung der Volksmedizin, wie unsere Vorfahren vor hundert und etlichen Jahren dazu kamen, ohne Kenntnis der wirklichen Bestandteile der Pflanzen, diese Pflanzen therapeutisch zu verwenden, so müssen wir annehmen, daß es sich da um ein zufälliges Experiment handelt, wie ja in so vielen Fällen die Praxis vorausgeht und die lange später die erklärende Theorie nachhinkt. Wieder aber bezögert sich bei diesen Forschungen der alte Spruch, daß wir bei fortschreitender Erkenntnis immer mehr zu fühlen bekommen, wieviel wir noch nicht wissen.“

Krankheit des Kaisers. Der Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ in Amerongen erzählt aus guter Quelle, daß der frühere Kaiser zwar sehr nervös sei, daß aber von einer Nervenerkrankung nicht die Rede sein könne.

Ueber die Gestaltung von Salonwagen und die Freihaltung von Abteilen auf den deutschen Staatsbahnen sind zwischen der Bundesregierung und Staatsbahnenbesitz neue Grundzüge vereinbart worden, nach denen allen reisenden Staatspräsidenten als Reichsoberhaupt ein Salonwagen gestellt wird. Den Reichs- und Staatsministern soll ein Wagenabteilung freigehalten werden. In einzelnen besonderen Ausnahmefällen kann ihnen ein Salonwagen zur Verfügung gestellt werden, wenn die Reise mit großer Begleitung stattfindet. In allen Fällen kommen die tarifmäßigen Gebühren sowohl für den Reichspräsidenten wie für die Minister in Anwendung.

Erdschlag. In Burladingen (Hohenollern) ist am Donnerstag abend, 5 Minuten vor 8 Uhr, ein Erdschlag wahrgenommen worden. Mehrere Sekunden lang hörte man ein dumpfes Rollen, worauf ein plötzlicher Ruck erfolgte der die Häuser etwas erschütterte.

Drahtloser Fernsprecher. Durch die bisherige Erfahrung ist es möglich, das drahtlose Fernsprechen zu einem allgemeinen Verkehrsmittel auszugestalten. Das Reichspostministerium hat sich die Errichtung dieses Zweckes besonders angelegen sein lassen, weil der drahtlose Fernsprecher im Gegensatz zur drahtlosen Telegraphie kein ausgebildetes Personal für die Bedienung der Apparate erfordert und infolgedessen sich zur Nachrichtenübermittlung für weite Kreise mehr eignet.

Zunahme der Ehescheidungen. Die Rechtstreitigkeiten bei den Berliner Gerichten haben erheblich abgenommen, dagegen sind seit November vorigen Jahres 50 000 Ehescheidungen und Alimentationsklagen anhängig gemacht worden.

Explosion. Auf dem französischen Flugfeld von Bourget ist ein großes Aligierbombenlager in die Luft geflogen. Bis jetzt sind 5 Tote und 20 Verwundete festgestelt.

Große Mammutfunde. Eine amerikanische Schiffsexpedition hat auf einer arktischen Inselgruppe, die nordöstlich von Sibirien gelegen ist, eine bedeutende Anzahl von Mammutfunden. Der der Expedition angehörende Leutnant Schreibe berichtet, daß daselbst wahre „Miner“ von Elfenbein vorhanden seien. Die alljährlich mehrere Wochen ausgebeutet werden könnten, indem an das Elfenbein von den Tierverresten löse. Die Tiere, die seit vielen Jahrhunderten im Eise erstarrt und überfressen den Elefanten bis zum Bierlagen an Größe.

Geopolis. Wie Reuter meldet, hat das Komitee der Alliierten das erkannt worden ist, die Frage der Errichtung eines Gedächtnismals des großen Krieges und des Friedensschlusses zu erörtern seine Sitzungen beendet. Es empfiehlt die Gründung einer internationalen Stadt in Belgien die es „Geopolis“ (Erdsstadt) nennen will. Die Stadtpläne sollen in Uebereinstimmung mit den Gartenstadtvereinigungen und ähnlichen Verbänden entworfen werden. Die Stadt soll neutral und sich des Völkerbunds sein. Das erinnert einigermaßen an die Stadtgründungen, die antike und andere Herrscher in Erinnerung an Siege oder als Abfuß von Kriegszügen oder sonst zur Verrückung ihrer Glorie errichtet haben: Alexandria, Petersburg, Nikopolis u. a. Es ist aber doch etwas anderes, heißt die „Frankf. Ztg.“ ganz richtig, in einem kulturlosen oder halbbarbarischen Lande eine Stadt zu gründen, als in einem Staat wie Belgien, der heute schon sehr dicht besiedelt ist, eine Stadt errichten, die den Namen Geopolis mit Recht tragen kann. Man weiß, die Amerikaner verstehen sich auf das Städtegründen, aber hier handelt es sich um keinen der üblichen Zwecke für die sonst Städte gebaut werden. Diese entstehen um der Menschen willen, die darin wohnen wollen. Daran fehlt es zunächst. Die geplante Stadt soll ein Denkmal werden, und ihre einzigen Bewohner sind bis auf weiteres die Körperschaften des Völkerbunds, und diejenigen, die sie mit des Leibes Notdurft und Nahrung versorgen. Daraus könnte in der Tat eine Stadt werden. Aber einwilligen reißt es nicht weit. Ueberdies werden die Bewohner von Geopolis, die Geopoliten oder „Erdsbürger“ durch den monumentalen Charakter ihrer Stadt, die immerfort in bengalischem Licht stehen wird, etwas gemindert werden. Es kann nicht übermäßig behaglich sein, in einer Stadt zu wohnen, die sozusagen aller Welt gehört und wegen ihrer Merkwürdigkeit eine öffentliche Vergnügungsorte des ganzen Erdballs sein wird. Nur „Dohes“ wird man vermutlich nicht gern dort leben. Die Belgier, die doch wahrscheinlich das Gebiet der neuen Freistadt hergeben sollen, werden von dem Plan nur mäßig entzückt sein, zumal es ja in Flandern aus- und innen Denkmal genug zu bauen gibt. Im übrigen kommt der Plan von einem Ausschuss der Alliierten. Also doch nur ein Gedenkmahl: nur die Sieger sollen davon mitbauen. Aber wird die Eintracht der Sieger lange genug halten, um das Denkmal zu errichten? Der Turm von Babel, dessen Spitze bis in den Himmel reichen sollte und dessen Bau der Sage nach liegen ließ, weil die Bauleute sich nicht mehr verständigen konnten, ist ein warnendes Beispiel.

Die Schönheit der „mittelalterlichen“ Frau. Man sagt oft, daß es nicht Schöneres gibt, als ein junges Mädchen mit den frischen Farben und den glatten Zügen des ersten Frühlingsglanzes. Aber das Geheimnis der Frauenschönheit wird nicht dadurch gelöst, daß man Jugend und Frische, regelmäßige Züge oder das Fehlen von Narben als Ideal hinstellt. Dagegen spricht schon die Tatsache, daß in der Kunst die reife Frau eine viel größere Rolle spielt, als das junge Mädchen und daß die Gesichter, die im Spiegelbild großer Meisterwerke unsterblich geworden sind, im landläufigen Sinne durchaus nicht für schön gelten können, daß sie häufig Unregelmäßigkeiten und scharfe Linien aufweisen, die der allgemeinen üblichen Schönheitsbegriff verpönt. Wer den Begriff des Schönen nicht an der Oberfläche des äußeren Scheins sucht, der wird auch im Menschenantlitz den Ausdruck der Seele, den Abglanz eines starken inneren Erlebens suchen, und deshalb haben stets die Kenner der Schönheit die reife Frau, die bereits im „Mittelalter“ „echt, dem jungen Mädchen vorgezogen. Zudem ist die Blüte des besonderen Jugendreizes, der nur in der Frische der Haut, in der Lebhaftigkeit des Teints, in der runden, lichten Bartheit der Züge besteht, von kurzer Dauer, und man wundert sich schon nach wenigen Jahren, wie solche „Puppen Gesichter“ überhaupt einmal den Anspruch darauf erheben konnten, für schön zu gelten. Beim Studium der weiblichen Gesichtszüge kann man, wenn man von diesen zufälligen Reizen der Jugend absteht, oft genau vorher sagen, wie dies Gesicht in einer Reihe von Jahren verändert sein wird. Und schön wird man ein Frauenantlitz nur dann nennen können, wenn man bereits in der vorübergehenden Blüte des Mädchens die Gewähr für die dauerhafte Schönheit der älteren Frau erblickt. Da ist z. B. ein junges Ding, das gar nicht besonders hübsch ist und dessen ganze Schönheit in den lebhaften feuervollen Augen liegt. Von ihr wird man sagen können, daß diese Züge, die einen schönen und starken Charakter verraten, durch die Erfahrungen des Lebens veredelt und durch den Glanz der Augen gehoben und bestrahlt werden. Sie wird in ihrem „Mittelalter“ eine schöne Frau sein, während sie kaum ein hübsches junges Mädchen war. Eine andere wieder ist mit 20 Jahren eine vollkommene Schönheit; sie blüht wie eine Rose, und das ewige Lächeln um ihren Mund gibt dem stillen Leere dieses Gesichts hindurchsicht, erkennt, daß sie bald verblüht sein wird und in 10, 20 Jahren ehefährlich als schön sein. Die wahre Schönheit der Frau offenbart sich also erst in ihrem reiferen Alter.

Die Einziehung des Notgelds. Die „Swarzasse“, das Fachblatt des Deutschen Sparassenzweigs, schreibt: Es sind wohl noch von allen Sorten des Notgelds größere oder kleinere Beträge im Besitz des Publikums. Wenn jetzt die Einlösung abgelehnt wird, sind sie wertlos und das Publikum hat einen Verlust, während die Gemeinden, die das Notgeld ausgegeben haben, einen unberechtigten Gewinn machen. Ob die Gemeinden es Recht darauf haben, von einem bestimmten Termin an die Einlösung abzulehnen, kann in manchen Fällen zweifelhaft sein, wenigstens dann, wenn dieser Termin nicht auf dem Notgeld aufgedruckt ist. Aber auch in diesem Fall kann das Recht der Gemeinden zweifelhaft sein, wenn sie sich nicht an diesen Termin gebunden, sondern ihn verlängert hat. Auf alle Fälle ist ein solches Verhalten unbillig. Die Gemeinden haben doch gutes Geld für ihr Notgeld bekommen. Sie handeln nicht anders als ein Schuldner, der sich auf die Einrede der Verjährung beruft. Das ist sehr bedenklich. Die Gemeinden sollen dafür sorgen, daß ihre Bürger nicht durch eine solche Notstandsmaßnahme zu Schaden kommen. Die Geschädigten sind vorwiegend die „kleinen Leute“, die weniger geschäftslustig sind. Es liegt noch viel Notgeld in sicherem Verwahr, ohne daß die Besitzer daran denken, daß es Notgeld ist. Es lassen sich vielerlei Fälle denken, in denen jemand ganz ohne Schuld die Einlösung noch nicht bewirkt hat.

Zwangsbewirtschaftung der Eier. Das Reichsernährungsministerium hat sich mit der Beibehaltung der Zwangsbewirtschaftung der Eier einverstanden erklärt.

Die Lage auf dem Baustoffmarkt. Von zuständiger Stelle wird der „Karl. Ztg.“ geschrieben: In der letzten Zeit hat sich auf dem Baustoffmarkt die Lage der Backsteinfabrikation etwas gebessert, sodaß hier von einer ausgesprochenen Notlage nicht mehr gesprochen werden kann. Dagegen besteht immer noch ein außerordentlich großer Mangel an Dachziegeln, bedingt durch vermehrte Kohlenpreiserhöhungen an die Dachziegelwerke, die nicht behoben werden konnte. Auch die Zementherstellung leidet noch sehr unter den schlechten Kohlenlieferungen. So mußte das Zementwerk Leimke bei Havelberg neuerdings wieder wegen Kohlenmangels vorübergehend auf 8 Tage seinen Betrieb einstellen.

Zündwarenmonopol. Die Reichsstaatsminister beantragt in der Nationalversammlung, ein Zündwarenmonopol an Stelle der Zündwarensteuer einzuführen.

Eine zweite Kartoffelernte soll sich nach den Untersuchungen des Durgauer Chemikers Müller erzielen lassen, wenn man die bei der Ernte — etwa im Juni — frisch aus der Erde genommenen Frühkartoffeln in einem sehr kalten Raum etwa 2 Wochen aufbewahrt (ohne daß sie gefrieren), wodurch sich reichlich Zucker in den Kartoffeln bildet, der den sofortigen Neuwuchs an den Keimstellen ermöglicht. Nach 14 tägiger Lagerung sollen die Kartoffeln zur Ausfaat kommen und dann sofort zu treiben anfangen, bei sonstigen günstigen Umständen im Lauf des Sommers eine zweite Ernte zu erwarten. Wer will's probieren?

Minuten. Das würt. Justizministerium hat die Vorstandschaftsgerichte angewiesen, bei der Bestellung des Vorstands wie bei der Festsetzung der Unterhaltsrenten für uneheliche Kinder die demaligen Preisverhältnisse zu berücksichtigen.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 26. Juli. Am kommenden Sonntag gelangt unter Mitwirkung von 50 hiesigen Kindern das Märchenschauspiel „Die KönigsKinder“ von Josef Vohl-Prantl in der Turnhalle hier zur Aufführung. Eine auswärtige Zeitung schreibt: „Der Eindruck, den diese Aufführung auf Alt und Jung gemacht hat, wird zumal für die Kinderwelt ein unaussprechlicher sein. Der Text des Schauspiels ist durchaus der kindlichen Auffassung angepaßt, reich an Handlung und Abwechslung. Dazu kommen eine wirkungsvolle Szenerie und prächtige Kostüme. Erstaunlich war, daß es dem Spielleiter, Herrn Walter, in kurzer Zeit gelungen ist, die junge Spielergesellschaft so vorzubereiten und einzubüben, daß die Kinder ohne Ausnahme ihre Rollen so sicher und gewandt durchführen konnten. Die ganze Aufführung fand allgemeinen Beifall.“ Da Herr Direktor Walter einen Teil aus den Einnahmen der Vorstellung der Kriegsfürsorgestelle zuführt, dürfte der Besuch ein recht reger sein.

Calmbach, 23. Juli 1919. Bericht über die letzten Gemeinderatssitzungen. Zu der Sitzung am 3. ds. Mts. lagen 7 Anträge der sozialdemokratischen Fraktion des Gemeinderates vor und zwar: 1. als geschlossene Fraktion die Siege im Gemeinderat einzunehmen, 2. Einführung einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat. Hierzu erhält zunächst G. R. Reppler das Wort. Er hält die Einführung einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat nicht nötig, da für die einfacheren Verhältnisse der Landgemeinden die diesbezüglichen Bestimmungen der Gemeindeordnung ausreichend seien, was sich hier bisher auch gezeigt habe. Bezüglich der Sitzordnung ist er der Ansicht, daß die Sitzungsweise nach Fraktionen zu sehr den Parteistandpunkt hervorhebe, was für die Verhandlungen in kleineren Kollegien

nicht förderlich sei. Seine Erwähnung sollte der Partei standpunkt tunlichst ausgeglichen werden. Bei der bisherigen gefühligen Sitz- u. Sitzordnung seien die Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit gesessen und habe dadurch Beratung und Abstimmung schon äußerlich einen freien Eindruck gemacht. Bei Siegen und Abstimmungen nach Parteien befürchte er eine gewisse Beeinträchtigung der Abstimmung durch den Partizipanz. Diese Ansicht vertreten auch die G. R. Kähler und Kemmler. G. R. Jans erwiderte, daß sich die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei schon bei Aufstellung des Wahlvorschlages verpflichtet hätten zwecks besseren Zusammenwirkens parteiweise zu sitzen. Es sei aber nicht beabsichtigt nur Parteinteressen zu vertreten. G. R. Ad. Proß führt aus, daß, nachdem die Wahl parteiweise erfolgt sei dies auch in der Sitzungsweise zum Ausdruck kommen soll. Er betont ebenfalls, daß seine Partei im Gemeinderat keine ausschließlichen Parteizwecke verfolge, sondern für das Gemeinwohl der Gemeinde wirken wolle. Abstimmungszwang bestehe für die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderates nicht. G. R. Dürr bestätigt letzteres und erklärt, daß die Gemeinderatsmitglieder seiner Partei in erster Linie das Interesse der Gemeinde im Auge haben und in friedlich-schießlicher Arbeit mit den Vertretern der übrigen Parteien die Geschäfte erledigen wollen. Die hierauf vorgenommene namentliche Abstimmung ergab für den Antrag sämtliche 8 Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder, gegen den Antrag sämtliche 5 Stimmen der übrigen anwesenden Mitglieder. In die hierauf festgestellte Geschäftsordnung wurde als § 1 folgende Bestimmung aufgenommen: Für die Sitz- und Sitzordnung der Mitglieder wird in Abweichung von Art. 36 Abs. 2 der Gew.-Ordg. folgendes bestimmt: Die Rangordnung wird zunächst den aus den einzelnen Wahlvorschlüssen hervorgegangenen Gruppen in der Weise zugeteilt, daß je die Gruppe den Vortritt hat,

die die meisten Mitglieder zählt. Bei gleicher Mitgliederzahl entscheidet die auf den Wahlvorschlüssen der Gruppen bei der letzten Wahl gefallene Gesamtstimmzahl Innerhalb der Gruppen aber nehmen die einzelnen Mitglieder Sitz und Stimme nach der Reihenfolge, die dem Eintritt der einzelnen Mitglieder auf Grund der letzten ihre Mitgliedschaft begründenden Wahl entspricht, und für die gleichzeitig Gewählten nach der Zahl der auf sie gefallenen Stimmen, bei gleicher Stimmzahl nach dem Lebensalter. 3. Volle Entschädigung der Mitglieder für den sich durch die Sitzungen erfindenden Lohnausfall. Diesen Antrag begründen die Antragsteller damit, daß durch die Zeiterfassung bei den Sitzungen des Gemeinderates und etwaiger Ausschüsse derselben den Mitgl., welche in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen, ein zu großer Lohnausfall bemerkbar mache. (F. 1)

Erwidrung.

Dem Artikel über seinen politischen Wäschetag hätte ich folgendes zu erwidern: Die Ausführungen seines Artikels finde ich lächerlich. Meine Ausführungen, die ich am 6. ds. Mts. im Lindenjaal machte, gingen dahin, daß keine Regierung, heiße sie, wie sie wolle, mit einem Schlag die Not der Massen beseitigen kann, deshalb meine ich, um diesen zerbrochenen Karren wieder hochzurichten, gibt es nur eine Lösung: Einigkeit unter den Arbeitern. Nur in diesem Sinne kann etwas geleistet werden, sei es auf politischem oder wirtschaftlichem Wege, aber nicht wie bei den U. S. P., denn die wiederholte unaufrichtige Taktik der Unabhängigen vermehre das Elend des deutschen Volkes in unabsehbarer Zeit durch ihre wilden Streiks usw., denn nur mit Offenheit, Ehrlichkeit, Arbeitsamkeit und Friedfertigkeit kann sich das deutsche Volk die Stellung eines großen Volkes unter den Völkern der Welt zurückerobern und dauernd besessigen in einem wahren Völkerbunde, das Ziel des demokratischen Sozialismus ist. S.

Bestellungen auf Baumstützen

nimmt die unterzeichnete Stelle im Laufe dieser Woche entgegen.

Wildbad, 28. Juli 1919. Stadtpflege.

Statt Karten.

Ihre am 26. Juli stattgefundene

Vermählung

geben bekannt

Karl Krauß, Bauwerkmeister,
Marie Krauß, geb. Krauß.

Heilbronn

Wildbad

„Die KönigsKinder“

Diejenigen Schüler und Schülerinnen, die am nächsten Sonntag in dem Märchenschauspiel „Die KönigsKinder“ mit Erlaubnis ihrer Eltern mitwirken wollen, werden gebeten, sich

morgen Mittwoch mittag 2 Uhr in der Turnhalle zu melden.

Ein Teil des Reinertrags ist für die hiesige Kriegsfürsorge bestimmt. 258

Ein Mittelpunkt für Gesundheitspflege will unsere in Wildbad eröffnete Verkaufsstelle sein. Wir lassen den rühmlichst bekannten von Autoritäten der Herzteilkunst bestens empfohlenen

Wohlmuth'schen Elektro-Galvanischen Apparat

vorführen, so daß sich Jedermann ohne Kaufzwang von der erfolglicheren Behandlungs-Möglichkeit überzeugen kann.

Tausende von Familien

haben die Wirkung dieses Apparates bei Ischias, Gicht, Nervenschmerzen und bei vielen anderen Krankheiten erprobt — davon zeugen täglich eingehende Dankschreiben. Ein unverbindlicher Besuch liegt auch in Ihrem Interesse. Druckschriften kostenlos durch die Alleinverkaufsstelle:

Fa. Hans Grundner Nachf. Inh.: Gebr. Schmit, Medizinal-Drogerie, Wildbad Hauptstr.

N.B. Wohlmuth-Apparatbesitzer können bei obiger Stelle Nachkäufe aller Art kostenlos erteilt bekommen. Reparaturen Neufüllungen werden zum Fabrikpreis prompt ausgeführt.

Privat-Detektiv Traub

Fernruf 5086 STUTTGART Marlenstr. 36
besorgt zuverlässiges Beweismaterial f. Ehescheidungen, Alimenen, Straf- und Zivilprozesse, Ansuchen über Aufenthalt, Vorleben, Lebenswandel, Vermögen
Erste Empfehlungen — Mäßige Preise — Weltverbindungen.

Schulnachrichten.

Ein Urteil aus dem „Unterländer Kurier“ über die nach Wildbad verlegte Reformschule: „Schon so mancher Schöler erreichte sein Ziel nicht. Das Mißgeschick ist bedauerlich, kann aber wieder gut gemacht werden. Die Reformschule hat viele Hunderte von Schülern wieder in Reich und Reich gebracht. Unser großer Bißmarkt ist auch wiederholt seinen geliebten und hat dann in einer Privatschule seine Förderung erhalten. Wer also das Schulziel verfehlt hat, braucht deshalb nicht zu verzweifeln. Er wende sich an die Reformschule (Abteilungen: Gymnasial, Realgymnasial- u. Oberrealschulklassen), die anerkanntenswerte Ergebnisse erzielt, was sich am besten in der Tatsache wieder spiegelt, daß die Zahl ihrer Schüler während des Krieges — trotz der Absperrung im Festungsbereich Straßburg-Kehl — fast vierhundert betrug. Das Vertrauen, das die Reformschule bis in die höchsten Kreise genießt, ist vollumfänglich gerechtfertigt.“

Hausmädchen nach Berlin

welches sauber ist und etwas näht, wird für kinderlosen vornehmen Haushalt

anfangs September gesucht.

Gute Verpflegung. Köchin nebenbei.

Vorstellung: Jeden Tag um 1/4 4 Uhr beim Hotelportier Quellenhof Wildbad.

Tüchtiges Zimmermädchen

für sofort oder 1. August gesucht.

Fremdenheim Großmann.

Schuhhaus Wilh. Treiber

Ludwig-Seegerstraße 17 empfiehlt

Turnschuhe mit Leder-
Segeltuch-Sandalen
Segeltuch-Kinderstiefel 21—26 sohlen
Reparaturen werden prompt ausgeführt.

la. Fußboden-Oel, (geruchlos)

la. Bodenwische,

Metallputzmittel „Triumph“,

la. reine verfeilte 3 qualitätsware liefert dauernd und billig

Bürkle & Klinnert,

chem. techn. Produkte, STUTTGART,

Kronprinzstrasse 3.

OWA

ist sehr schwer zu beschaffen und teuer. Sie haben aber einen vollkommenen und vorzüglichen Ersatz dafür, wenn Sie sich Ihren Hauskranke, wozu 1 Liter nur 14 bis 16 Pfg. kostet, aus

Steigerwald's Kunstmoß-Ansatz

„Im Konservenglas“
bereiten.
In Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Sektstoff ist er überall zu haben.

Bei Wunsch weisen wir zugunsten nach:
J. Steigerwald und Comp. Heilbronn a. N.

In Wildbad erhältlich:
C. W. BOTT.

Brockmanns Zutterkalk

„Marke B“
in Original-Packungen.
Medizinal-Drogerie
Grundner's Nachfolger.

Verre sucht ab 10. Aug. gemüthliches Zimmer

auf ca. 4 Wochen mit oder ohne Pension. Angeh. unter Nr. 255 an die Exp. ds. Bl.

Rheumatismus!

Gebe kostenfrei, Auskunft wie Sie in 10—12 Tagen davon befreit werden. G. Stem, Karlsruhe Sophienstr. 260. (256) — Rückporto erbeten. —

Verloren ein Glaser-Diamant

Abgegeben bei
Horkheimer,
259 Glasermeister.

Sommerliche Villa mit größeren Zimmern

für sofort oder später zu kaufen gesucht.
Geht Offerten unter C. W. 257 an die Exped. ds. Bl.

Verloren: Silb. Nadel (Brosche)

mit römischer Münze und hellblauen Steinen.
Abgegeben gegen Belohnung
Villa Bauer. 252

Wir haben anzubieten:

Best englische Tennisbälle aus prima Gummi.
CHR. SCHMID & SOHN
König-Karlstrasse 68.

Hausmädchen

das nähen u. servieren kann, nach Wiesbaden für Mitte August gesucht. — Offerten an die Exp. ds. Bl. unter Nr. 254.

Basen

(Häuten) für Züchter hat preiswert zu verkaufen. — Zu erfragen bei Friseur Höger. 528

Wohnung

mit 6 Zimmer, eventl. ein kleineres Haus sucht zu mieten. Offerten unter A. B. 260 an die Exped. ds. Bl.

Schweizer-Stampfen

sind eingetroffen bei Frau Rob. Schill We.

Turnverein Wildbad

Heute abend 8 Uhr Turnstunde.

Café Bechtle - Weinstube

Wildbad.
Ia. alte und neue Rot- und Weissweine im Ausschank.

Karnikol

das Vorbeugungsmittel gegen die Kaninchensterblichkeit.
Zu haben in der Medizinal-Drogerie Gebr. Schmit.

Städtisches Arbeitsamt Wildbad

Telephon-Anschluß Nr. 140.

Kostenlose Stellenvermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht:

a) Männlich:
Koch.

b) Weiblich:
Office-Mädchen,
Näherin (Frau od. Fr.)
Zimmermädchen,
Dienstmädchen (Jahres- und Saisonstellen)
Küchenmädchen, (hoher Lohn)

Köchinnen
Kaffeeköchin
Beißköchinnen

1 Stundenfrau
1 Dienstmädchen nach Stuttgart

2 Dienstmädchen nach Charlottenburg
1 Dienstmädchen nach Berlin (Reise wird ersetzt)

Stellen suchen:

a) Männlich:
Mechaniker,
Maler,
Fahrer,
Motorischlosser,
Konditor.

Ev. Jünglingsverein

Mittwoch abend 8 Uhr Vereinsabend.

la. Dachpappe, Eisenlack, Parkettbodenwische

Schuhcreme
empfehlen Fr. Krauss, Hauptstr. 148 :: Wildbad.

Landeskur-Theater Wildbad.

Dienstag, den 29. Juli

Der Raub der Sabinerinnen

Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönthan.

Kunsthaar-Haubenneze

— in allen Farben | pro Stück Mt. 1.80 — bei —
Chr. Schmid & Sohn
König-Karlstr. 68.
Wildbad.

